

Unverkäufliche Leseprobe



Muriel Asseburg, Jan Busse

Der Nahostkonflikt

Geschichte Positionen, Perspektiven

2020. 128 S., mit 4 Karten

ISBN 978-3-406-74316-0

Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://www.chbeck.de/30710597>

© Verlag C.H.Beck oHG, München

Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern steht seit Jahrzehnten im Fokus der Weltöffentlichkeit. Die Autoren zeichnen anschaulich seine Geschichte nach und erläutern die unterschiedlichen Sichtweisen der Konfliktparteien. Sie beschreiben die wichtigsten Streitpunkte – etwa die Kontrolle über Jerusalem, der Zugang zu Wasser sowie der Grenzverlauf – und erklären, warum die aktuellen innen- und außenpolitischen Konstellationen den Krisenherd nicht zur Ruhe kommen lassen.

Muriel Asseburg, Dr. rer. pol., ist Nahostexpertin an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

Jan Busse, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Internationale Politik und Konfliktforschung an der Universität der Bundeswehr München.

Muriel Asseburg

Jan Busse

DER NAHOSTKONFLIKT

Geschichte, Positionen, Perspektiven

C.H.Beck

Mit 4 Karten
© Peter Palm, Berlin

1. Auflage. 2016
2. Auflage. 2018

3., aktualisierte Auflage. 2020

Originalausgabe
© Verlag C.H.Beck oHG, München 2016
www.chbeck.de
Satz: C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen
Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen
Reihengestaltung Umschlag: Uwe Göbel (Original 1995, mit Logo),
Marion Blomeyer (Überarbeitung 2018)
Printed in Germany
ISBN 978 3 406 74316 0



klimateutral produziert
www.chbeck.de/nachhaltig

Inhalt

I. Einführung 7

1. Schlüsselkonflikt im Nahen und Mittleren Osten? 8
2. Territoriale, ethnische und religiöse Dimensionen 10
3. Rückkehr oder Landraub? Unabhängigkeit oder Katastrophe? 12

II. Stationen des Nahostkonflikts 14

1. Hintergründe 16
 - Der politische Zionismus* 16
 - Auseinandersetzungen im britischen Mandatsgebiet* 17
2. Die israelische Staatsgründung und ihre Folgen 19
 - Der Unabhängigkeitskrieg oder die Nakba* 19
 - Suez-Krieg oder Trilaterale Aggression 1956* 23
3. Kriege und das Ringen um Frieden 24
 - Der Sechs-Tage-Krieg – Naksa 1967* 24
 - Besatzung und Siedlungspolitik* 26
 - Der Jom-Kippur-Krieg oder Oktober-Krieg 1973* 28
 - Der Libanonkrieg 1982* 30
 - Die Erste Intifada und der Zweite Golfkrieg 1987–1990* 31
4. Fortschritte der 1990er-Jahre: Die Oslo-Abkommen 33
 - Die Etablierung der Palästinensischen Autonomiebehörde* 33
 - Camp David II* 37
5. Das Scheitern von Oslo 38
 - Die Zweite Intifada* 38
 - Die Arabische Friedensinitiative* 39
 - Sperranlagen und Abkoppelungsplan* 40
 - Hamas gegen Fatah* 43
 - Auf dem Weg zum «Jahrhundertdeal»? 45*

III. Friedensverhandlungen: Positionen und Lösungsansätze 48

1. Multilaterale Nahostverhandlungen 48
2. Bilaterale Verhandlungen 50
 - Israel – Jordanien: Rasche Einigung* 50
 - Israel – Syrien: Jordanufer und Golan* 51
 - Israel – Libanon: Grenzverlauf und Hisbollah* 54
3. Israelisch-palästinensische Streitfragen 57
 - Die Zweistaatenregelung* 58
 - Siedlungen in den besetzten Gebieten* 62
 - Jeruschalajim und Al-Quds* 66
 - Die Flüchtlinge: Rückkehr, (Neu-)Ansiedlung oder Entschädigung* 71
 - Das Wasser* 77

IV. Die Folgen des Arabischen Frühlings 81

1. Unmittelbare Auswirkungen 81
 - Bürgerkrieg in Syrien* 81
 - Umbruch in Ägypten* 85
2. Die Verschiebung der Machtbalance in der Region 88
3. Wagenburg Israel 92
4. Unmut in der palästinensischen Bevölkerung 94

V. Optionen zur Regelung des Konflikts 100

1. Das Paradigma der Zweistaatenregelung 100
2. Realität heute: Ein Staat unter israelischer Kontrolle 103
3. Alternativen zur Zweistaatenregelung 108
 - Jüdisch dominierte Einstaatenregelung* 109
 - Ein demokratischer binationaler Staat* 110
 - Konföderationsmodelle* 113
4. Ausblick 116

Abkürzungen 118

Zeittafel 119

Demographische Entwicklung 123

Ausgewählte Literatur und Filme 125

Personenregister 127

I. Einführung

Der Kern des Nahostkonflikts, also des israelisch-arabischen Konflikts, ist die Auseinandersetzung zwischen Israelis und Palästinensern. Die Berichterstattung darüber gehört seit Jahrzehnten zum Standardrepertoire in unseren Nachrichten. Die Meldungen wiederholen sich: Es geht um Selbstmordattentate, Siedlungsbau, Grenzstreitigkeiten, Hauszerstörungen, militärische Zusammenstöße und um Verhandlungen, die nicht enden oder gar nicht erst beginnen wollen.

Die internationale Aufmerksamkeit rührt daher, dass der Nahe Osten das Zentrum dreier Weltreligionen ist. In Jerusalem befinden sich zentrale Heilige Stätten von Judentum, Islam und Christentum. Auch sind die Entwicklungen im «Heiligen Land» schon seit Jahrhunderten eng mit denen in Europa verknüpft: Für die europäischen Herrscher war die «Befreiung Jerusalems von der muslimischen Fremdherrschaft» seit dem späten 11. Jahrhundert ein wichtiges Ziel der Kreuzzüge. Die jüdische Einwanderung nach Palästina ab Ende des 19. Jahrhunderts war eine Folge von Nationalismus, Antisemitismus und Pogromen in Europa und Russland. Im 19. Jahrhundert entwickelte sich der Nahe Osten zunehmend von einer randständigen Region des Osmanischen Reichs zum Schauplatz von Rivalitäten der europäischen Großmächte Frankreich und England. Die Judenverfolgung der Nationalsozialisten stärkte die internationale Akzeptanz für die Etablierung des Staates Israel. Im Kalten Krieg suchten die USA und die Sowjetunion durch Unterstützung von Partnern nicht nur in Europa, sondern auch in der Region ihre Einflussphären auszuweiten. Und selbst heute wird Israel oft als Repräsentant des «Westens» in einer muslimisch geprägten Umgebung gesehen.

1. Schlüsselkonflikt im Nahen und Mittleren Osten?

Über lange Zeit ist der Nahostkonflikt als Schlüsselkonflikt im Nahen und Mittleren Osten, also in den Ländern des südlichen und östlichen Mittelmeerraums sowie der arabischen Halbinsel, dargestellt worden. Erst die Lösung des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern, so die weit verbreitete Annahme, würde die Lösung anderer Konflikte in der Region ermöglichen. Dass diese Annahme jedoch nicht trägt, wurde nicht zuletzt im Zuge des Ende 2010 beginnenden Arabischen Frühlings deutlich: Bei den Protestbewegungen und Aufständen spielte die Palästinafrage keine Rolle. Vielmehr ging es den Protestierenden um ein Leben in Würde, um ein Ende von Polizeiwilkkür, Korruption und Vetternwirtschaft sowie um politische Teilhabe und sozioökonomische Perspektiven.

Der Nahe und Mittlere Osten ist durch mehrere zwischen- und innerstaatliche Konflikte geprägt, die sich überlagern und gegenseitig verstärken. Dabei stand im sogenannten Arabischen Kalten Krieg der 1950er- bis 1980er-Jahre die Systemkonkurrenz zwischen sozialistisch orientierten Republiken und konservativen Monarchien – insbesondere zwischen Ägypten und Saudi-Arabien – im Vordergrund. Heute ist es vor allem der Hegemonialkonflikt am Persischen Golf zwischen Iran und Saudi-Arabien, der die Region dominiert. Zusätzlich gibt es eine Reihe von Konflikten, die sich diesen Großkonflikten nicht zuordnen lassen, etwa der Westsahara-Konflikt.

Durchweg haben aber politische Führungen in der Region die Palästina-Frage bzw. den Nahostkonflikt als Mittel zur Mobilisierung der Bevölkerung und als Legitimation für die Durchsetzung ihrer Interessen eingesetzt. So präsentiert sich der Iran als Vorreiter des «anti-zionistischen Widerstands» und unterstützt mit der Hamas und dem Islamischen Dschihad in Palästina und der Hisbollah im Libanon bewaffnete Gruppierungen finanziell sowie durch Training und Waffenlieferungen. Zugleich hat der Kriegszustand mit Israel arabischen Herrschern über lange Zeit eine willkommene Rechtfertigung für die Aufrechterhaltung autoritärer Systeme geboten: für ein jahrzehntelanges Andauern

des Ausnahmezustandes, unter dem politische Rechte und Bürgerrechte empfindlich eingeschränkt waren, für überdimensionierte Armeen und Sicherheitsapparate und für eine Bevorzugung von Verteidigungsausgaben gegenüber Ausgaben für die Verbesserung der Lebensbedingungen.

Vor dem Hintergrund eines zunehmenden Einflusses des Iran in der Region seit der US-geführten Irak-Invasion 2003 bildete sich eine Annäherung der Interessen und eine immer offener zutage tretende Kooperation zwischen Saudi-Arabien und den kleineren arabischen Golfmonarchien auf der einen und Israel auf der anderen Seite heraus. Diese Staaten sind die größten Gegner des im Juli 2015 erzielten Atomabkommens zwischen Iran und der internationalen Gemeinschaft. Gleichzeitig verbietet es sich für die Golfstaaten, diese Interessenskonvergenzen mit Israel in eine vollständige Normalisierung münden zu lassen, solange Israel arabische Territorien besetzt hält.

Damit hat der israelisch-arabische Konflikt wiederum Einfluss auf Dynamiken in der gesamten Region des Nahen und Mittleren Ostens. Nicht zuletzt wird der Konflikt durch bewaffnete Gruppierungen – früher in erster Linie säkulare, heute vor allem islamistische oder dschihadistische – zur Rekrutierung von Kämpfern genutzt, unter dem Vorwand der Solidarität mit den Palästinensern bzw. der Befreiung der Heiligen Stätten. Zudem bilden palästinensische Flüchtlinge in vielen Ländern der Region eine große Bevölkerungsgruppe und haben gesellschaftlichen Einfluss. Denn die Mehrzahl der rund 5,4 Millionen palästinensischen Flüchtlinge, die heute beim UN-Hilfswerk registriert sind, lebt in den drei Nachbarstaaten Israels, also im Libanon, in Jordanien und in Syrien. Dabei machen die Flüchtlinge im Libanon über 10 Prozent und in Jordanien sogar über 30 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Hinzu kommen vor allem in Jordanien die Flüchtlinge des Krieges von 1967. In beiden Ländern bestand und besteht die Sorge, dass die Flüchtlinge die Bevölkerungszusammensetzung so verändern, dass das jeweilige demographische Gleichgewicht, auf dem die politische Ordnung beruht, gestört wird. Außerdem konnten Palästinenser auch in den arabischen Golfstaaten in den vergangenen

Jahrzehnten nicht unerheblichen gesellschaftlichen Einfluss entfalten. Denn viele fanden dort, nicht zuletzt im Bildungssektor, ein Auskommen.

Der Palästinensischen Befreiungsorganisation (Palestine Liberation Organization, PLO) wurde in der Vergangenheit vorgeworfen, in den Ländern, in den sie ihren Sitz aufnahm, einen «Staat im Staate» zu errichten. Dies führte in Jordanien und im Libanon zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Der PLO wird dabei auch eine Mitverantwortung für den Ausbruch des libanesischen Bürgerkriegs zugeschrieben. Infolgedessen musste die PLO ihr Hauptquartier 1971 von Amman nach Beirut und 1982 von Beirut nach Tunis verlegen.

Aus all dem ist ersichtlich: Der Nahostkonflikt ist nicht der Schlüsselkonflikt im Nahen und Mittleren Osten. Er hat aber in weiten Teilen der Region nach wie vor erhebliche Wirkungs- und Mobilisierungskraft.

2. Territoriale, ethnische und religiöse Dimensionen

Kern des Nahostkonflikts ist der israelisch-palästinensische Konflikt. Dieser bezieht sich nicht nur auf das Verhältnis zwischen Israel und den Palästinensern in den palästinensischen Gebieten, sondern hat – aufgrund der palästinensischen Minderheit – in Israel auch eine innenpolitische Komponente. Zudem ist er eng mit dem israelisch-arabischen Konflikt verknüpft, der sich seit der israelischen Staatsgründung 1948 im Wesentlichen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten Ägypten, Jordanien, Libanon und Syrien abspielt (s. Karte auf der vorderen Umschlaginnenseite), auch wenn andere Staaten der Region, etwa Irak, Saudi-Arabien und Iran, immer wieder direkt oder indirekt intervenierten. Der Konflikt hat auch dazu geführt, dass bis heute eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen Israel und den anderen arabischen bzw. muslimisch geprägten Ländern aussteht. Dieses Buch setzt sich mit sämtlichen Konfliktdimensionen auseinander, der Schwerpunkt liegt aber auf dem palästinensisch-israelischen Konflikt.

Im Nahostkonflikt wirken mehrere Konfliktdimensionen zu-

sammen, dies ist ein wesentlicher Grund, warum er so schwer zu lösen ist. So handelt es sich erstens um einen Territorialkonflikt: Von den Konfliktparteien wird Anspruch auf (zumindest zeit- und teilweise) dasselbe Gebiet erhoben. Der Streit über den Verlauf von Grenzen und die entsprechende Gebietshoheit ist deshalb von herausgehobener Bedeutung. Verbunden damit ist der Konflikt um Ressourcen. Dabei geht es insbesondere um die Zuteilung und Nutzung von Wasser, fruchtbarem Land, Steinbrüchen und Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer.

Der Nahostkonflikt ist zweitens auch ein ethno-nationalistischer Konflikt: Zwei unterschiedliche ethnische Gruppen verfolgen jeweils konkurrierende nationale Bestrebungen. Die Juden haben ihr Anliegen bereits 1948 mit der Ausrufung des Staates Israel verwirklicht, während die nationale Selbstbestimmung der Palästinenser nach wie vor aussteht. Denn trotz wiederholter Proklamation eines palästinensischen Staates mangelt es ihnen an entsprechender effektiver Kontrolle und anerkannter Souveränität über ein Staatsgebiet.

Drittens besitzt der Nahostkonflikt eine religiöse Dimension: Die Konfliktparteien untermauern ihre Ansprüche auch religiös, also durch den Verweis auf göttliche Versprechen für ihr Volk. Die religiöse Aufladung in der Konfrontation zwischen Juden und Muslimen hat in den letzten Jahren zugenommen. Dies zeigt sich immer wieder auch in gewaltsamen Auseinandersetzungen um den Tempelberg bzw. den Haram al-Scharif in Jerusalem. Sie wird zudem durch die demographische Entwicklung befördert. Denn die am stärksten wachsende Bevölkerungsgruppe in Israel sind (ultra-)orthodoxe Juden. Zugleich verbreitet sich zunehmend auch unter säkularen, reformorientierten und konservativen Juden nationalreligiöses Gedankengut. Mit dem Erstarken der islamistischen Bewegung unter Palästinensern hat deren Rückgriff auf religiöse Argumentationsmuster ebenso zugenommen.

3. Rückkehr oder Landraub? Unabhängigkeit oder Katastrophe?

Der Nahostkonflikt geht mit scheinbar unvereinbaren Identitätskonstruktionen und gegensätzlichen Narrativen einher. Dies ist bereits im Zusammenhang mit dem ersten arabisch-israelischen Krieg von 1948 zu beobachten. Aus israelischer Sicht ist dieses Ereignis positiv besetzt, weil es mit der Staatsgründung und der erfolgreichen Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit gegen die arabischen Armeen verbunden ist. Im Gegensatz dazu steht 1948 im kollektiven palästinensischen Gedächtnis für die Nakba (arabisch für «Katastrophe»), also die Flucht und Vertreibung von rund 700 000 Palästinensern und dem daraus resultierenden Flüchtlingsdasein.

Zuvor hatte der politische Zionismus die Errichtung eines jüdischen Staates im historischen Palästina mit der Devise «ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land» gerechtfertigt. Die in diesem Gebiet lebende arabische Bevölkerung wurde zwar nicht negiert, aber auch nicht als ein Hindernis für jüdische Einwanderung und Staatsgründung gesehen. Aufgrund der biblischen Verwurzelung des jüdischen Volkes in Eretz Israel (hebräisch für «das Land Israel») stellt die Einwanderung aus jüdischer Sicht eine Rückkehr dar. Doch auch die Palästinenser führen ihre Ansprüche auf ihre historische Verbundenheit mit dem Land und ihre ununterbrochene Präsenz dort zurück. Zudem habe Gott den Muslimen das Land als Stiftung anvertraut; ein Verzicht darauf würde daher gegen seinen Willen verstoßen. Palästinenser betrachten die jüdische Besiedlung als Landraub. Der Zionismus wird entsprechend als koloniale Bewegung gesehen. Dies hallte etwa 1975 in der Resolution 3379 der UN-Generalversammlung nach, die nach Mehrheitsentscheidung den Zionismus als eine Form des Rassismus bezeichnete.

Auch den Juni-Krieg von 1967 interpretieren Palästinenser und Israelis sehr unterschiedlich. In Israel erwuchs aus der Euphorie über den schnellen militärischen Sieg über die arabischen Nachbarstaaten – daher auch die Bezeichnung Sechs-Tage-Krieg – das Narrativ der militärischen Unbesiegbarkeit. Die Pa-

lätinenser dagegen sprechen hier von der Naksa (arabisch für «Rückschlag»), weil die arabischen Armeen keine Fortschritte bei der «Befreiung» des Landes erzielen konnten. Vielmehr begann mit dem militärischen Sieg Israels unter anderem die Besetzung des Westjordanlandes, des Gaza-Streifens und Ost-Jerusalems. Seinen Anspruch auf die eroberten palästinensischen Gebiete untermauerte Israel dadurch, dass es nicht vom Westjordanland, sondern von Judäa und Samaria sprach und damit die biblischen Begriffe benutzte. Die Eroberung (und spätere Annexion) des seit 1948 von Jordanien kontrollierten Ostteils von Jerusalem wurde als «Wiedervereinigung» gefeiert.

Außerdem existieren auf beiden Seiten unterschiedliche Vorstellungen darüber, was unter Frieden zu verstehen ist. Während für die Israelis Sicherheit und ein Ende aller arabischen Forderungen Priorität haben, geht es für die Palästinenser primär um ein Ende der Besatzung und eine gerechte Regelung der Flüchtlingsfrage. Konträre Deutungen finden sich auch im Hinblick auf die Legitimität von Gewaltanwendung – wer ist Freiheitskämpfer, Nationalheld, Märtyrer, Terrorist? – und die Ursachen für das Scheitern bisheriger Endstatusverhandlungen. So dominiert in Israel die Sichtweise, dass die Palästinenser im Jahr 2000 bei Verhandlungen in Camp David ein «großzügiges Angebot» abgelehnt und stattdessen mit dem «Terror» der Zweiten Intifada geantwortet hätten. Für die Palästinenser blieben die israelischen Vorschläge jedoch weit hinter ihren Minimalforderungen zurück. Sie hätten mit der Anerkennung einer Regelung auf Basis der Grenzen von 1967 bereits einen «historischen Kompromiss» gemacht. Weitere territoriale Zugeständnisse seien nicht möglich. Zudem hätten sie Israel bereits mit dem ersten Oslo-Abkommen 1993 anerkannt, ohne dass dies von israelischer Seite honoriert worden sei. Diese versuche vielmehr beständig, Verhandlungsergebnisse durch einseitige Maßnahmen (etwa Siedlungsbau) vorwegzunehmen. Der Ausbruch der Zweiten Intifada ist nach dieser Lesart vor allem eine Folge der mangelnden Kompromissbereitschaft Israels. In Israel wird sie hingegen auf die fehlende Friedens- und Kompromissbereitschaft der Palästinenser zurückgeführt.

II. Stationen des Nahostkonflikts

Der Nahostkonflikt ist nicht erst mit der Ausrufung des Staates Israel entstanden. Er geht vielmehr zurück auf die jüdische Einwanderung und Besiedlung des Gebiets seit dem späten 19. Jahrhundert, die zur Konkurrenz mit den ansässigen arabischen Einwohnern um das Land und seine Ressourcen führte. Die jüdische Einwanderung wiederum ist nur zu verstehen vor dem Hintergrund der Zunahme des Antisemitismus und der Pogrome gegen Juden in Europa und Russland und, in Reaktion darauf, der Entstehung des politischen Zionismus. Aber mit der Etablierung des Staates Israel veränderte sich die Auseinandersetzung insofern, als sie auch ein zwischenstaatlicher Konflikt wurde.

Auf der einen Seite hat sich der israelisch-arabische Konflikt seither in sechs internationalen Kriegen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn (1948, 1956, 1967, 1973, 1982, 2006) sowie zwei Aufständen der Palästinenser gegen die israelische Besatzung (1987–1991 und 2000–2005) niedergeschlagen. Insbesondere die Zweite Intifada (arabisch für «Abschütteln») hat nicht nur zu einer massiven Gewaltanwendung in den besetzten palästinensischen Gebieten, sondern auch in Israel geführt. Dadurch sind in beiden Bevölkerungen große Zweifel am Friedenswillen der jeweils anderen Seite genährt worden. Zudem sind seit dem israelischen Abzug aus dem Gaza-Streifen im Sommer 2005 dort die Abstände zwischen gewaltsamen Auseinandersetzungen der israelischen Armee mit militanten palästinensischen Gruppierungen immer kürzer geworden, während das Ausmaß der Zerstörung und die Zahl der zivilen Opfer zugenommen haben.

Auf der anderen Seite gab es zwischen Israel und seinen Nachbarn von Anfang an immer wieder Bemühungen um eine Konfliktregelung und einen friedlichen Ausgleich. Seit den

1970er-Jahren wurden diese auch international vorangetrieben. Mit Ägypten 1979 und Jordanien 1994 schloss Israel Friedensabkommen, selbst wenn es ein «kalter Frieden» blieb, also nicht zu einer Aussöhnung zwischen den Bevölkerungen und einer Normalisierung der gesellschaftlichen und politischen Beziehungen führte. Vonseiten der anderen arabischen Staaten sowie der Mehrzahl der islamischen Länder steht eine Anerkennung Israels hingegen nach wie vor aus. Deshalb gibt es bisher auch keine normalen zwischenstaatlichen Beziehungen. Diese hängen – so ist es in der sogenannten Arabischen Friedensinitiative von 2002 (s. u., II.5.) postuliert – in erster Linie von einer Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts ab.

Hier tritt allerdings ein Paradox zutage: Zwar hat sich in den letzten Jahrzehnten international eine Zweistaatenoption als Regelungsansatz durchgesetzt, der auch für die Konfliktparteien der Hauptbezugspunkt geworden ist. Gleichzeitig wird ihre Umsetzung aber immer schwieriger, da das für einen palästinensischen Staat zur Verfügung stehende Territorium durch den Bau von Siedlungen und Siedlungsinfrastruktur, die Isolierung Ost-Jerusalems von seinem Umland und die Errichtung der Sperranlagen im Westjordanland sowie die Abriegelung des Gaza-Streifens immer stärker zerstückelt wird. Zudem sind die palästinensischen Gebiete seit 2007 politisch gespalten: Während das Westjordanland von der Fatah (arabisches Akronym für «Bewegung zur Befreiung Palästinas») geführt wird, regiert im Gaza-Streifen die islamistische Hamas (arabisches Akronym für «Die Islamische Widerstandsbewegung»). Dementsprechend haben Israelis und Palästinenser die Hoffnung auf eine verhandelte Konfliktregelung weitgehend aufgegeben. Dabei unterstellen beide der jeweils anderen Seite, an einer friedlichen Koexistenz nicht wirklich interessiert zu sein. Damit ist der in Oslo 1993 ausgehandelte Ansatz der Konfliktregelung zunächst gescheitert. Der Konflikt befindet sich in einem Übergang mit unklarem Ausgang.

1. Hintergründe

Der politische Zionismus In den 1880er-Jahren begann die jüdische Einwanderung nach Palästina, das damals zur Provinz Damaskus des Osmanischen Reichs gehörte. In insgesamt fünf Einwanderungswellen (im Singular Alija, hebräisch für «Aufstieg») wanderten zwischen 1882 und 1939 insgesamt rund 380 000 Juden vor allem aus Europa und Russland bzw. der Sowjetunion ein.

Im Zusammenhang mit der ersten Einwanderungswelle entstand Ende des 19. Jahrhunderts in Europa der moderne politische Zionismus. Inspiriert durch den europäischen Nationalismus und vor dem Hintergrund des zunehmenden Antisemitismus und von Pogromen gegen Juden propagierte er die Errichtung einer jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina als Alternative zur Assimilierung der Juden in den jeweiligen Gesellschaften. Herausragende Vertreter dieser Idee waren der Journalist Nathan Birnbaum, der 1890 den Begriff des Zionismus prägte, und der Publizist Theodor Herzl, der 1896 sein Manifest «Der Judenstaat» veröffentlichte und 1897 die Zionistische Weltorganisation mitbegründete. Sie verbanden die Absicht, eine moderne jüdische Gesellschaft zu errichten, mit der «Rückkehr» der Juden nach Zion – also in das Land, aus dem die Juden mit der Zerstörung des zweiten Tempels im Jahre 70 n. Chr. durch die Römer größtenteils vertrieben worden waren.

Doch das Gebiet, in das sie einwanderten und das später das britische Mandatsgebiet Palästina werden sollte, war keineswegs unbewohnt. Dort lebten 1882 rund 450 000 mehrheitlich muslimische Araber und rund 15 000 Juden (s. die Tabelle zur demographischen Entwicklung, S. 123). Die ansässigen Araber sahen das zionistische Projekt und die jüdische Einwanderung mit Misstrauen, konkurrierten die Neuankömmlinge doch um Bauland, fruchtbares Ackerland und Wasser und brachten ungewohnte kulturelle Eigenheiten mit sich. Auch der osmanische Sultan Abdülhamid II., die große Mehrheit des europäischen Judentums und die europäischen Großmächte unterstützen den Zionismus zunächst nicht.

Letzteres änderte sich, als das Osmanische Reich 1914 auf Seiten Deutschlands und Österreich-Ungarns in den Ersten Weltkrieg eintrat und sich damit schlagartig auch die Bedeutung Palästinas wandelte. Insbesondere die Briten versuchten, die lokale Bevölkerung und ihre Führer für ihre Zwecke einzuspannen, und machten dabei widersprüchliche Zusagen. So versprach der britische Hochkommissar in Ägypten, Sir Henry McMahon, dem Scherifen von Mekka, Hussein Ibn Ali, Unterstützung für ein unabhängiges arabisches Königreich und ermutigte einen arabischen Aufstand gegen die Osmanen. In der Balfour-Erklärung von 1917 sicherte der britische Außenminister Arthur James Balfour dem Zionisten Walter Rothschild hingegen die «Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina» zu, um von den britischen Juden finanzielle Unterstützung für die Kriegsführung zu erhalten. Noch im gleichen Jahr besetzten die Briten Jerusalem und wurden damit neben Frankreich zur zweiten europäischen Macht im Nahen Osten. Schon zuvor hatten sich die beiden Großmächte im geheimen Sykes-Picot-Abkommen von 1916 auf eine künftige Aufteilung der Provinzen des Osmanischen Reichs geeinigt. Palästina sollte dabei unter internationale Verwaltung gestellt werden. Die Aufteilung in Einflusszonen setzten die Siegermächte des Ersten Weltkriegs 1920 auf der Konferenz von San Remo um, allerdings ohne eine internationale Verwaltung für Palästina einzurichten: Großbritannien erhielt unter anderem den Auftrag zur Verwaltung Palästinas. Der Völkerbund bestätigte dieses Mandat 1922.

Auseinandersetzungen im britischen Mandatsgebiet Im britischen Mandatsgebiet Palästina spitzten sich indes die Auseinandersetzungen zwischen ansässiger Bevölkerung und Neueinwanderern zu, weil sich die Araber zunehmend ihrer Existenzgrundlagen beraubt sahen. In der Folge kam es zu einer Reihe von Aufständen, zunächst gegen die Siedlungen der Einwanderer, dann vor allem gegen die britische Besatzung, unter anderem im sogenannten Arabischen Aufstand 1936–1939. Dabei bildete sich unter den Arabern allmählich ein eigenes Nationalbewusst-

sein heraus, als Palästinenser verstanden sie sich zu diesem Zeitpunkt jedoch noch nicht. Ein trauriger Höhepunkt der arabischen Angriffe war das Massaker, bei dem im Sommer 1929 in Hebron 67 Juden ermordet wurden.

Um eine weitere Eskalation zu vermeiden, schränkte Großbritannien ab 1939 – trotz der nationalsozialistischen Judenverfolgung – die Einwanderung von Juden nach Palästina radikal ein. Danach entschieden sich auch einzelne jüdische Gruppierungen ab 1940 für den gewaltsamen Widerstand gegen die Mandatsmacht. Auf einer Konferenz im Mai 1942 im New Yorker Hotel Biltmore beschlossen Vertreter zionistischer Organisationen aus den USA, Europa und Palästina, unter ihnen der spätere erste Premierminister Israels, David Ben Gurion, die Kriegsziele der Anti-Hitler-Koalition zu unterstützen. Gleichzeitig forderten sie, die jüdische Einwanderung nach Palästina zuzulassen sowie, nach Ende des Zweiten Weltkriegs, die Gründung eines jüdischen Staates in ganz Palästina. Zwischen 1939 und 1945 flohen trotz der britischen Politik rund 80000 Juden vor der nationalsozialistischen Verfolgung und Vernichtung nach Palästina.

Mit Ende des Zweiten Weltkriegs spitzten sich sowohl der jüdisch-arabische Konflikt als auch die Angriffe auf die Briten zu. Die Briten baten schließlich die neu gegründeten Vereinten Nationen (UN) um Vermittlung. Ein UN-Sonderausschuss (United Nations Special Committee on Palestine, UNSCOP) wurde eingesetzt, um Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Dieser sprach sich letztlich mehrheitlich für die Teilung Palästinas in zwei Staaten aus. Der Plan der UN sah die Beendigung des britischen Mandats und, basierend auf den jeweiligen Hauptsiedlungsgebieten, einen jüdischen und einen arabischen Staat vor, die in einer Wirtschaftsunion verbunden sein sollten. Dabei sollte der jüdische Staat 56 Prozent des Gebiets umfassen, der arabische Staat 43 Prozent. Juden stellten zu diesem Zeitpunkt rund 30 Prozent der Bevölkerung dar, Araber rund 70 Prozent. Dem jüdischen Staat wurden auch Gebiete zugesprochen, in denen die arabische Bevölkerung in der Mehrheit war (s. Karte S. 20). Für den Großraum Jerusalem mit seinen Heiligen Stätten sollte es ein

spezielles internationales Regime als sogenanntes Corpus Separatum geben (s. Kapitel III.3). Dieser Teilungsplan wurde von der UN-Generalversammlung im November 1947 als Resolution 181 (II) unter anderem gegen die Stimmen der arabischen Mitgliedsländer angenommen.

2. Die israelische Staatsgründung und ihre Folgen

Am 14. Mai 1948 endete das britische Mandat über Palästina, und der Ministerpräsident der provisorischen Regierung Ben Gurion verlas die Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel. Der folgende Krieg ging wie alle weiteren arabisch-israelischen Kriege mit zwei Namen in das regionale Geschichtsbewusstsein ein: als Unabhängigkeitskrieg bei den Israelis, als Nakba (arabisch für «Katastrophe») bei den Arabern. Die Ergebnisse dieses ersten arabisch-israelischen Krieges veränderten die nahöstliche Landkarte grundlegend, und sie bestimmen bis heute die Konturen des Territorialkonflikts sowie einer möglichen Friedensregelung.

Der Unabhängigkeitskrieg oder die Nakba Die Führungen der arabischen Länder standen unter dem Druck der dortigen öffentlichen Meinung, die eine Teilung des historischen Palästina und die Entstehung eines Staates jüdischer Siedler nicht hinnehmen wollte. Sie lehnten deshalb den UN-Teilungsplan ab. Gleichzeitig waren sie aber militärisch zu schwach, um die Gründung Israels zu verhindern. Der offene Krieg brach im Mai 1948 mit dem Abzug der britischen Mandatsmacht und der Ausrufung des Staates Israel aus. Eine Allianz von fünf Staaten (Ägypten, Irak, Jordanien, Libanon und Syrien) griff den jungen Staat an, saudische Truppen kämpften als Teil des ägyptischen Kontingents. Die Nachbarstaaten versuchten jeweils Teile des Gebiets unter ihre Kontrolle zu bringen.

Die israelische Führung hatte den Teilungsplan zwar akzeptiert, betrachtete die darin vorgesehenen Grenzen aber spätestens mit Beginn des Krieges als hinfällig. Im Laufe der militärischen Auseinandersetzungen eroberten die israelischen Truppen

UN-Teilungsplan 1947



das seither weithin international als Staatsgebiet Israels anerkannte Territorium innerhalb der sogenannten Grünen Linie. Jordanien eroberte das Westjordanland einschließlich Ost-Jerusalem, das es 1950 annektierte. Ägyptische Truppen besetzten den Gaza-Streifen, der dann unter ägyptische Verwaltung gestellt wurde. Syrien machte Geländegewinne an der Golan-Front. 1949 schlossen Israel und seine Nachbarstaaten unter Vermittlung der UN bilaterale Waffenstillstandsabkommen, die das militärische Ergebnis im Prinzip bestätigten. Ein Friedensschluss erfolgte allerdings nicht, da die arabischen Staaten direkte Verhandlungen mit Israel ablehnten. Mit der United Nations Truce Supervision Organization (UNTSO), die zunächst Waffenruhen, dann die Waffenstillstandsabkommen und Truppenflechtungen überwachen sollte, wurde 1948 die erste Nahostmission der UN eingesetzt.

Die Araber konnten Israel weder vernichten noch zurückdrängen. Die arabische Niederlage hatte Rückwirkungen auf die gesamte Region. Einerseits machte sie Israel zu einem von seiner Umgebung zwar nicht anerkannten, aber faktischen Akteur im Nahen Osten. Andererseits entstand mit der Vertreibung und Flucht eines großen Teils der im israelischen Staatsgebiet ansässigen palästinensischen Bevölkerung ein Konfliktgegenstand, der bis heute keine Lösung gefunden hat. Während nach Angaben der UN rund 700 000 Palästinenser flohen oder vertrieben wurden, verblieben nach den Angaben des israelischen Statistikbüros (auf Basis des Zensus von 1948 und einer weiteren Registrierung von 1949, bei denen 13 000–15 000 Beduinen nicht mitgezählt wurden) rund 150 000 Palästinenser in Israel. Sie und ihre Nachkommen bilden heute die Minderheit der palästinensischen Israelis, die rund 20 Prozent der Gesamtbevölkerung umfasst. Die Anwesenheit Hunderttausender palästinensischer Flüchtlinge nicht nur in den Nachbarstaaten Israels, vor allem in Jordanien und dem Libanon, sondern auch in entfernten arabischen Ländern, wie dem Jemen, den Golfmonarchien, dem Irak oder Tunesien, trug zudem wesentlich dazu bei, dem israelisch-palästinensischen Konflikt eine gesamtarabische gesellschaftliche und politische Dimension zu geben. Im Dezem-

Grüne Linie

Die Waffenstillstandslinien von 1949 zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn, die nach dem ersten israelisch-arabischen Krieg ausgehandelt wurden, werden als «Grüne Linie» bezeichnet, da sie ursprünglich mit grünem Stift in die Karte eingezeichnet wurden. Das international anerkannte Staatsgebiet Israels befindet sich innerhalb der Grünen Linie. Die Grüne Linie wird oft auch als die «Grenzen von 1967» bezeichnet – gemeint sind damit die Grenzen am Vorabend des 1967er Kriegs, also vor der Besetzung der palästinensischen Gebiete, der Golanhöhen und des Sinai durch Israel. Die Grüne Linie ist in der Regel der Bezugspunkt in Friedensverhandlungen.

ber 1949 wurde das UN-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East, UNRWA) eingesetzt.

Für Israel entwickelte sich aus dem Unabhängigkeitskrieg ein Gründungsmythos – oft dargestellt durch das Bild von David gegen Goliath –, der vor allem als Gründungstrauma wirkte: die ständige Bedrohung durch eine Überzahl von Feinden, die schon den entstehenden Staat zerstören wollten und ihm jegliche Legitimität abstritten. In diesem Zusammenhang spielt auch die historische Festung Masada zwischen Totem Meer und jüdischer Wüste eine wichtige Rolle für das Selbstverständnis. Dort wurden nach der Zerstörung des zweiten Tempels im 1. Jahrhundert n. Chr. Juden monatelang von einer großen Zahl römischer Soldaten belagert. Sie hielten der Belagerung lange Zeit stand und begingen letztlich Selbstmord, um den Römern nicht in die Hände zu fallen. Masada steht damit für den Freiheitswillen des jüdischen Volkes, das sich von einer Übermacht bedroht sieht. «Masada darf nie wieder fallen» ist ein weit verbreiteter Leitspruch im israelischen Diskurs, der – neben der Erfahrung der Shoa – das Prinzip der Wehrhaftigkeit des Landes begründet.

Suez-Krieg oder Trilaterale Aggression 1956 Bis Mitte der 1950er-Jahre versuchten ägyptische, syrische und vor allem jordanische Führer, mit der israelischen Regierung ins Gespräch zu kommen, wobei aus innenpolitischen Gründen solche Bemühungen geheim blieben. Die Führungen waren allesamt politisch zu schwach, um sich gegen den Widerstand eines großen Teils der eigenen politischen und militärischen Eliten zu stellen, die eine faktische Anerkennung Israels ablehnten. Zudem war die israelische Führung an einer Friedensregelung nicht interessiert, die eine Entschädigung palästinensischer Flüchtlinge oder deren Rückkehr mit sich gebracht und die Grenzen Israels festgelegt hätte. Daher verliefen diese frühen Bemühungen um eine arabisch-israelische Konfliktregelung im Sande.

Als Israel sich 1956 am Angriff Großbritanniens und Frankreichs auf Ägypten – in der arabischen Lesart die «trilaterale Aggression» – beteiligte, führte dies zum Suez- bzw. Sinai-Krieg. Britische und französische Truppen besetzten den von Ägypten zuvor verstaatlichten Suez-Kanal, Israel den Gaza-Streifen und weite Teile des Sinai. Der israelischen Führung ging es dabei vor allem um den Sturz des ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser, dessen Aufrüstungspolitik und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion sie mit Sorge betrachtete. Für die ehemaligen Kolonialmächte standen die Gewährung der Durchfahrt durch den Suez-Kanal und die Sicherung der Einnahmen daraus im Vordergrund. Der Feldzug verfehlte seine Ziele allerdings in jeder Hinsicht: Großbritannien, Frankreich und Israel wurden unter US-amerikanischem Druck gezwungen, ihre Truppen abzuziehen. Denn für die USA war das trilaterale Eingreifen nicht nur anachronistisch. Sie waren auch an guten Beziehungen zu Ägypten interessiert, um im Rahmen ihrer globalen Containment-Politik eine Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern. So wurde Nasser keineswegs geschwächt. Vielmehr stieg er zur populistischen und kämpferischen Führungsfigur in der arabischen Welt auf.

3. Kriege und das Ringen um Frieden

Der Sechs-Tage-Krieg – Naksa 1967 Die nächste kriegerische Auseinandersetzung zwischen Israel und den arabischen Staaten hatte mehrere Auslöser. 1964 begann Israel, aus dem See Genezareth einen Teil des Jordanwassers durch den sogenannten National Water Carrier für eigene Bewässerungsprojekte abzuleiten. Dies bedrohte die Wasserversorgung Jordaniens. Spannungen bauten sich auch an anderen Fronten auf: Ebenfalls 1964 wurde die Palästinensische Befreiungsorganisation (Palestine Liberation Organisation, PLO) gegründet. Die Fatah, die der spätere PLO-Vorsitzende Jassir Arafat mit mehreren Gleichgesinnten 1959 in Kuwait gegründet hatte, begann mit bewaffneten Aktionen gegen Israel. Angriffe der israelischen Armee auf Ziele in Jordanien, Syrien und im Gaza-Streifen häuften sich, da von dort aus immer wieder palästinensische Freischärler nach Israel eindrangten und Anschläge verübten.

Im Frühjahr 1967 verlegte der ägyptische Präsident Nasser Truppen in den Sinai und ließ den Golf von Akaba – Israels einzigen Zugang zum Roten Meer – für die israelische Schifffahrt sperren. Für die israelische Regierung war dies ein Kriegsgrund. Trotz der vorangegangenen Spannungen und der allgemeinen Kriegsstimmung waren Ägypten, Syrien und Jordanien überrascht, als Israel am 5. Juni angriff. Die israelische Armee konnte innerhalb weniger Tage den Gaza-Streifen und den Sinai, die syrischen Golanhöhen sowie das Westjordanland mit Ost-Jerusalem erobern.

Aus der Sicht Israels, das sich von einer feindlichen Umgebung bedroht fühlte, war der Krieg ein Präventivkrieg, der stolz Sechs-Tage-Krieg genannt wurde. Der schnelle Sieg gegen die arabischen Armeen führte auch zu einem Mythos der Unbesiegbarkeit, der bis heute nachwirkt. Für die arabische Welt stellte er sich dagegen als Aggression Israels und als «Rückschlag» (arabisch: Naksa) dar. In jedem Fall markierte dieser Krieg einen bedeutenden Einschnitt in der regionalen Geschichte: Israel wurde zur Besatzungsmacht nicht nur im Sinai, sondern auch auf dem Golan und über die palästinensische Bevölkerung im

Fatah

Fatah ist das Akronym für «Palästinensische Befreiungsbewegung» und bedeutet im Arabischen zugleich «Eroberung». 1959 in Kuwait u. a. durch Jassir Arafat gegründet, hatte sie zunächst das Ziel, Palästina vollständig militärisch zu befreien und dort einen unabhängigen und demokratischen palästinensischen Staat zu gründen. 1969 wurde die Fatah die dominante Fraktion innerhalb der PLO und übernahm deren Führung. Arafat setzte einen schrittweisen Wandel des Programms hin zu einer Zweistaatenregelung durch. Seit 1994 stellt die Fatah auch den Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde (1994–2004 Arafat, seit 2005 Mahmud Abbas) und dominiert deren Verwaltungsapparat. Ab 1996 war sie die stärkste Fraktion im Palästinensischen Legislativrat (Parlament), verlor ihre Mehrheit aber bei den Wahlen 2006 an die Hamas. Lokale Fatah-Kader führten die Erste Intifada an. In der Zweiten Intifada spielten die Al-Aksa-Märtyrer-Brigaden der Fatah eine herausragende Rolle im bewaffneten Kampf.

Westjordanland, in Ost-Jerusalem und im Gaza-Streifen. Noch 1967 annektierte es Ost-Jerusalem und bekräftigte mit dem Jerusalemgesetz von 1980, dass Jerusalem «die vollständige und vereinte Hauptstadt Israels» sein solle. 1981 wurden auch die Golanhöhen per Gesetz annektiert.

Den USA und den UN gelang zwar die Vermittlung eines Waffenstillstands. Ihre Versuche, eine regionale Lösung auf Grundlage der 1967 verabschiedeten UN-Sicherheitsratsresolution 242 zustande zu bringen, blieben aber erfolglos. Diese Resolution ist bis heute einer der Hauptbezugspunkte für eine Konfliktregelung. Sie implizierte erstmals das «Land-für-Frieden»-Prinzip, also die Forderung an Israel, seine Truppen aus (bzw. aus den) besetzten Gebieten zurückzuziehen, und im Gegenzug die Forderung an alle Staaten, die Souveränität, territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit aller Staaten der Region sowie ihr Recht in Frieden in sicheren und anerkannten Grenzen zu leben, zu achten. Dabei war die Resolution bereits ein Formelkompromiss: Während der fran-

zösische Text den bestimmten Artikel «aus *den* Gebieten» enthält, fehlt dieser in der englischen Version. Damit ist sowohl die Interpretation möglich, dass es sich um einen Abzug aus den gesamten 1967 von Israel besetzten Gebieten handelt, als auch die, dass es um einen Abzug aus Teilen derselben geht.

Zur Beratung der Kriegsfolgen hielt die Arabische Liga, die Regionalorganisation der arabischen Staaten, im September 1967 eine Gipfelkonferenz im sudanesischen Khartum ab. Dort erklärte sie zwar, dass es «keinen Frieden mit Israel, keine Anerkennung Israels, keine Verhandlungen mit Israel» geben solle. Neben diesen legendären drei Neins von Khartum beschrieben die arabischen Staatshäupter aber auch eine international wenig beachtete neue Grundlage für ihre Politik: Sie wollten künftig darauf hinwirken, den Abzug der israelischen Streitkräfte aus den im Juni-Krieg eroberten arabischen Gebieten sicherzustellen. In der Politik Ägyptens und Jordaniens, mit einiger Verzögerung auch Syriens, ging es fortan also um die Wiedergewinnung der 1967 besetzten Gebiete, nicht um die Vernichtung Israels. Was fehlte, war der politische Mut, dies auch offen zu erklären.

Mehr Informationen zu [diesem](#) und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de